

Mehr Personal
für die Pflege



DIE LINKE.
FRAKTION IM HESSISCHEN LANDTAG

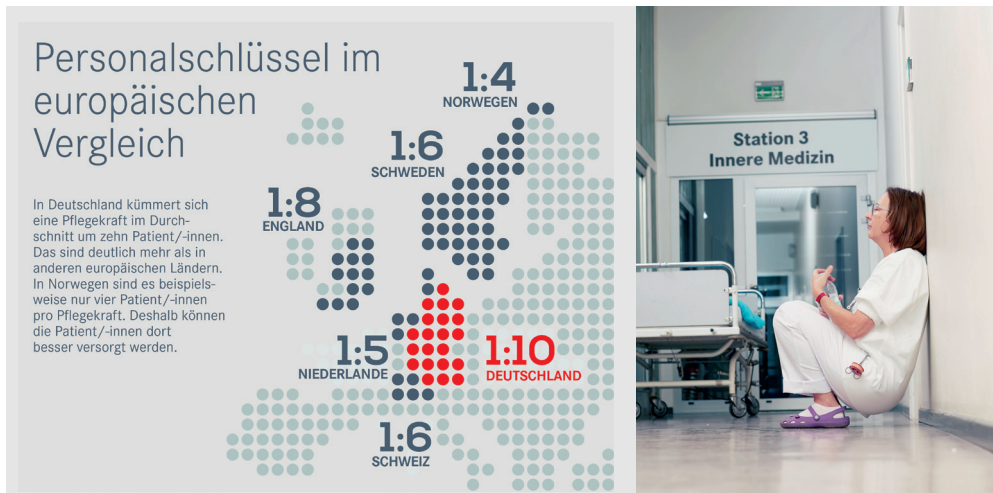
PFLEGENOTSTAND

In den Krankenhäusern herrscht Pflege­notstand – nach den Berechnungen von ver.di fehlen über 11.000 Stellen in Hessen im nichtärztlichen Bereich. Immer weniger Beschäftigte müssen immer mehr Patientinnen und Patienten in immer kürzerer Zeit versorgen.

Die Folgen: fehlende Zuwendung, Mängel bei der Hygiene und auch mehr Unfälle und vermeidbare Todesfälle. Personalmangel im Kranken-

haus gefährdet die Gesundheit der Patientinnen und Patienten.

Personalmangel gefährdet aber auch die Gesundheit der Pflegekräfte und der anderen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Krankenhaus. Gute Pflege soll ein verbindliches Recht aller werden. Auch in der Altenpflege ist die Lage kritisch. 2016 fehlten nach Angabe der Arbeitgeber in Hessen 2.600 Pflegekräfte in der ambulanten und stationären Langzeitpflege. Der Personalmangel hängt mit geringer



Quelle: Studie des Center of Health Outcomes and Policy Research, University of Pennsylvania

Bezahlung und hoher Arbeitsbelastung zusammen. Viele Pflegekräfte verlassen den Beruf oder arbeiten Teilzeit, weil sie sonst selbst krank werden. Wir wollen ein Verständnis von Qualität, das sich nicht an betriebswirtschaftlichen Kriterien orientiert.

Die Arbeitssituation der Pflegenden und der tatsächliche Betreuungsbedarf der zu Pflegenden muss in den Mittelpunkt gestellt werden. Wir brauchen mehr Pflegekräfte im Krankenhaus und in der Altenpflege.

Dafür müssen die Arbeitsbedingungen verbessert werden, damit die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entsprechend der fachlichen Standards arbeiten können und dabei gesund bleiben. Alle Aufwendungen für medizinisch sinnvolle und ethisch vertretbare, der Heilung oder gesundheitlichen Besserung der Patientinnen und Patienten dienliche Maßnahmen sollen dem Krankenhaus vergütet werden. Wir brauchen gesetzliche Personalbemessung im Krankenhaus und bessere Standards in der Altenpflege.



DAS WILL DIE LINKE. IM HESSISCHEN LANDTAG

1. Personalbemessung

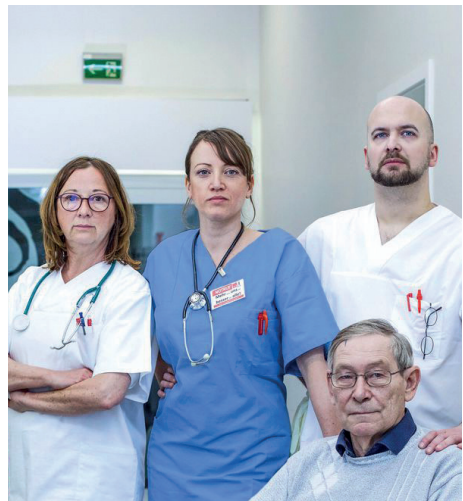
Um den Personalnotstand zu bekämpfen brauchen wir verbindliche bundesweite Vorgaben, wie viele Pflegekräfte für wie viele Patientinnen und Patienten vorhanden sein müssen. Niemand darf alleine auf einer Station oder einem Pflegebereich arbeiten, in der Intensivpflege kann eine Pflegekraft höchstens zwei Patientinnen oder Patienten versorgen.

2. Entlohnung

Der Pflegemindestlohn muss sofort auf 14,50 Euro erhöht und Tarifverträge müssen flächendeckend Standard werden. Gewerkschaften brauchen die Möglichkeit, auch in kirchlichen Einrichtungen Tarifverträge abzuschließen. Der §118 im Betriebsverfassungsgesetz zu Ausnahmeregelungen für Religionsgemeinschaften und Tendenzbetriebe muss gestrichen werden. Keine Pflegefachkraft darf in Vollzeit weniger als 3.000 Euro verdienen.

3. Gute Aus-, Fort- und Weiterbildung

Wir fordern eine bessere finanzielle und personelle Unterstützung von Krankenpflege- und Altenpflegeschulen. Auszubildende benötigen eine intensive Vorbereitung auf ihr späteres Berufsleben. Die Zusammenlegung der Pflegeberufe bringt mehr Probleme als sie löst. Die Altenpflegeausbildung braucht mehr Unterstützung, um sich auf die Neuordnung der Pflegeberufe einzustellen.



4. Bessere Arbeitsbedingungen

Wir fordern ein familienfreundliches und flexibles Schichtmodell, ein gutes Vertretungssystem im Krankheitsfalle und mehr gesundheitsfördernde Maßnahmen für Pflegende.

5. Pausen und Ruhezeiten

Gesetzliche Vorgaben müssen endlich eingehalten werden, auch in der Nacht. Ruhezeiten zwischen den Schichten sind enorm wichtig für die Konzentrationsfähigkeit am Arbeits-

platz. Es muss genug Personal geben, damit niemand aus seiner Freizeit geholt werden muss.

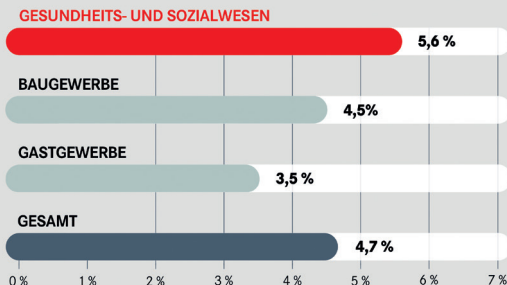
6. Überlastungsanzeigen ernst nehmen

Überlastungsanzeigen müssen landesweit erfasst, regelmäßig ausgewertet und daraus folgende Verbesserungen vorgenommen werden.

Nur so können wir Überlastungen von Pflegenden effektiv verringern.

Krankenstand nach Branchen

Berlin 2013



Arbeitsplätze in der Pflege sind ungesund. Der Krankenstand im Gesundheits- und Sozialwesen ist sogar deutlich höher als im Baugewerbe. Der hohe Krankenstand ist unter anderem eine Folge der enormen Arbeitsbelastung. Schicht-, Wochenend- und Nachtdienste führen in Kombination mit dem Personalmangel dazu, dass viele Beschäftigte über längere Zeit durcharbeiten müssen.

7. Keine Privatisierungen

Weitere Privatisierungen müssen verhindert und bereits privatisierte Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen in nicht profitorientierte Trägerschaft überführt werden. Der Betrieb von Krankenhäusern und Altenpflegeeinrichtungen mit dem Ziel der Gewinnmaximierung und Kapitalrendite muss gesetzlich ausgeschlossen werden. Auf Kosten der Beschäftigten und pflegebedürftigen sowie kranken Menschen dürfen keine Gewinne gemacht werden.

8. Häusliche Pflege unterstützen

Wir wollen die Familien entlasten: Pflegeleistungen sollen von einer Pflegevollversicherung finanziert werden. Das bietet mehr finanzielle Möglichkeiten, um in der häuslichen Umgebung gepflegt zu werden und auf professionelle Pflege zurückzugreifen.

Pflegende Angehörige brauchen umfangreiche Entlastungsmöglichkeiten – von der Freistellung im Beruf bis zu flächendeckenden Angeboten der ambulanten und Tagespflege sowie von Demenzwohngemeinschaften. Sie brauchen fachliche und persönliche Unterstützung.

... um das finanzieren zu können, benötigen wir eine solidarische Gesundheitsversicherung

Alle zahlen nach ihrem tatsächlichen und vollständigen Einkommen in die Kranken- und Pflegeversicherung ein. So werden auch höhere Einkommen gerecht belastet und der Beitragssatz kann dauerhaft gesenkt werden.

Auf dieser Grundlage ist es möglich bessere Versorgungsleistungen für alle zu finanzieren.

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Janine Wissler | Fraktion DIE LINKE. im Hessischen Landtag | Schloßplatz 1-3 | 65183 Wiesbaden
Layout und Satz: Hanna Hoefl | Foto sechssarmige Krankenschwester und erschöpfte Krankenschwester: Michael Breyer
Grafiken: Bundestagsfraktion DIE LINKE. | Foto Pfleger und Patient: Jakob Huber | Foto gehetzte Krankenschwester: Martin Heinlein



[linksfraktion-hessen.de](https://www.linksfraktion-hessen.de)



twitter.com/LinkeLTGHessen



[facebook.com/linksfraktion.hessen](https://www.facebook.com/linksfraktion.hessen)